



Parolenfassung der Evangelischen Volkspartei SH zur Volksabstimmung vom 12.02.2017

EVP sagt Nein zur Steuerreform III

Am 12. Januar 17 trafen sich die EVP-Mitglieder zur Parolenfassung, um über die bevorstehenden Eidgenössischen Abstimmungen im Februar 17 zu befinden.

Die Mitglieder sind einstimmig für die erleichterte Einbürgerung der 3. Ausländergeneration. Die Bedingungen für eine solche, sind nach wie vor hoch. Die jungen Menschen müssen sozial integriert sein und einen Antrag stellen. Es findet keine automatische Einbürgerung statt, wie oft behauptet wird. Begrüsst wird, dass diese jungen Menschen damit auch Verantwortung übernehmen könnten, indem sie sich auch am politischen Geschehen in der Schweiz beteiligen können und auch Militärdienstpflichtig würden. Einzig das Verfahren durch den Bund würde verkürzt werden, wobei die Gemeinden und Kantone weiterhin rekurrieren könnten.

Beim NAF (Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr) ist die Mehrheit der Mitglieder dagegen. Befürchtet wird, dass immer mehr Strassen gebaut würden. Mehr Strassen führen aber unweigerlich zu mehr Verkehr, dieser wiederum zu mehr Umweltbelastung. Störend wird auch empfunden, dass mit dem NAF zusätzliche Gelder im Umfang von jährlich rund 600 Franken der Bundeskasse entzogen und in den Strassenbau „verbuttert“ werden sollen. Die Mitglieder sehen die Erhaltung der bestehenden Infrastruktur als wichtig an, aber nicht deren Ausbau. Die EVP-Mitglieder sind sich einig, ohne Suffizienz im Individualverkehr und der Förderung von intelligenten Verkehrsleitsystemen, wird man die Mengenprobleme auf unseren Nationalstrassen nie in den Griff bekommen.

Bei der Unternehmenssteuerreform III, stimmt die grosse Mehrheit dagegen und will damit erreichen, dass die Vorlage nochmals vom Parlament behandelt wird. Unbestritten ist, dass eine Anpassung an die internationalen Standards der Unternehmensbesteuerung gemacht werden muss. Doch diese Vorlage wird als rücksichtslos empfunden. Das Fuder ist eindeutig überladen. Befürchtet wird ein Milliardenloch in den Kassen des Bundes, der Kantone und insbesondere der Gemeinden. Der normale Steuerzahler hätte diese Verluste schlussendlich zu bezahlen. Ein Abbau bei der Bildung, höhere Gebühren und Steuern wären die Folge. Die Mitglieder sind für eine Zurückweisung der Vorlag ans Parlament und fordern die Ausweisung einer Gegenfinanzierung der Steuerausfälle.

B. Bosshart; Aktuarin EVP SH